



Arbeiter-Stimme



ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

(OPPOSITION)

Nummern S 1-50 Deutschland Mark 1-20
(inkl. Postzustellung)
östr. Postsparkassen-Konto Nummer 19.471

Redaktion und Administration:
XVI., Hyrtlgasse 19/4 Telefon R 30-9-58

2. Jahrgang

Juli 1929

Nr. 45

Der Marsch auf Wien

Die Frage der sozialdemokratischen Diktatur.

In der Generalversammlung der Alpine jubelte der Generaldirektor: „die Dividende hat sich gebessert. Es geht gut, aber es muß noch viel, viel besser gehen“. Den Kapitalisten versteht sich.

Was jeder Arbeiter gefühlt, gewußt, nun ist es dokumentarisch bewiesen:

daß die Heimwehr bis auf die Zähne bewaffnet ist und immer weiter rüstet;

daß sie finanziert und politisch geführt wird nicht nur von der Alpine, sondern von der gesamten Bourgeoisie, das ist von den Banken, den Industriellen, den Großgrundbesitzern, den Großbauern, den Großkaufleuten;

daß Seipel als Regierungschef mit ihnen Hand in Hand gearbeitet hat;

daß die ganzen Behörden mit ihnen Hand in Hand arbeiten: der Heeresminister Vaugoin und die Heeresbehörden, Rintelen und die Landeshauptleute und die Landesregierungen und die Bezirkshauptleute, die Gendarmerie, die Polizei, die Zollbehörden usw. usw.

Der Hochverrat ist bewiesen; es ist bewiesen, daß die Heimwehrbanditen Massenmord, Giftgasmord, vorbereiten: kein Staatsanwalt rührt sich, kein Gericht rührt sich, sie und die Sicherheitsbehörden sind taub.

Leugnet etwa die Bourgeoisie diese Dinge? Keineswegs. Ja, die Heimwehr ist bewaffnet, ja, die bewaffnete Heimwehr ist notwendig, erklärt die Bourgeoisie offen. Wozu ist sie notwendig? Der Generaldirektor der Alpine sagt: „Es muß noch viel, viel besser gehen“... das heißt: die Profite müssen noch viel, viel höher steigen und dazu muß die proletarische Kanaille noch tiefer, viel tiefer hinunter.

Die Herrschaften genießen sich nicht. Die bürgerliche Presse spricht offen, der Justizminister spricht offen und der Mann der „Zusammenarbeit“, so nennt die sozialdemokratische Presse den Ministerpräsidenten Strerwitz, meint seelenruhig, daß die Heimwehren, ihre Bewaffnung, ihre Kriegspläne, „eben dadurch zu erklären sind, daß die berechnete Unzufriedenheit (Österreichs), das Gefühl nicht genügend Spielraum zu haben, unwillkürlich nach einem Ventil sucht“...

Denn die Herrschaften machen auch Aussenpolitik. Sie haben ihre Abmachungen mit Mussolini, Horthy und dem Stahlhelm. Bis Italien und Ungarn, Jugoslawien und die Tschechoslowakei mit Krieg überziehen, dann will die Heimwehr die Grenze gegen SHS halten, die Mussolini-Truppen aber einmarschieren lassen und — falls ihr das bis dahin nicht gelungen ist — dann will sie spätestens mit Hilfe der Mussolini-Bajonette frisch, fromm, fröhlich im Bürgerkrieg die Arbeiterschaft niederknüppeln.

Auch die Kriegspläne der Heimwehr — und das sind die Kriegspläne der österreichischen Bourgeoisie! — sind dokumentarisch bewiesen.

Von wem hat die Heimwehr die Waffen?

Die ersten Waffen bekam sie 1918—19 unter dem Titel „Flurschutz“ von dem damaligen Staatssekretär fürs Heerwesen Julius Deutsch — selbstverständlich mit Wissen und mit Billigung der sozialdemokratischen Parteileitung!

Den zweiten großen Schub bekam sie gelegentlich des Rummels in Kärnten und im Burgenland 1919 bis 1920 unter dem Titel „Grenzschutz“ vom damaligen Staatssekretär fürs Heerwesen Julius Deutsch — selbstverständlich mit Wissen und Billigung der sozialdemokratischen Parteileitung!

Den Arbeitern (Betriebswehren, Arbeiterwehren) ließen die Deutsch, Eldersch, Adler, Bauer, Seitz, kurz die sozialdemokratische Führung die Waffen bald wieder abnehmen, dem „Flurschutz“, dem „Grenzschutz“ haben sie die Waffen abzunehmen — vergessen.

Und da die Heimwehr damit nicht genug hatte, so schnappte die Bourgeoisie den Waffen- und Munitionsvorrat, den sie von der Sozialdemokratie für nationale Zwecke im Arsenal hatte einmauern lassen und die sozialdemokratische Führung ließ das widerstandslos zu, um — nun „um der Arbeiterschaft

Opfer zu ersparen“. In nicht langer Zeit wird die Arbeiterschaft, um die faschistische Diktatur zu verhindern, im Kampf gegen dieselben Waffen die hundertfachen Opfer bringen müssen.

Der sozialdemokratische „Kampf“ gegen den Faschismus. Ablenkungsmanöver.

Seit Wochen, vielleicht Monaten hat die SP diese Dokumente. Welch glänzende Gelegenheit wäre das gewesen sie mitten im Kampf gegen die Zinsgeieroffensive zu verwenden. Nichts davon! Zuerst läßt die Sozialdemokratie den

Mietervorrat

Gesetz werden, dann — ausgerechnet einen Tag nachher! — beginnt sie Dokumente zu veröffentlichen, ausgerechnet drei Tage vor der Erhöhung der

Straßenbahntarife!

Riecht dieser „Kampf“ gegen den Faschismus nicht verdammt nach einem Ablenkungsmanöver?!

Illusionen.

Die Dokumente der „Arbeiter-Zeitung“, jeder Arbeiter muß sie lesen, muß sie mit Arbeiter-Augen

lesen. Nicht mit sozialdemokratischen Augen! Wahrhaftig die SP bildet sich ein mit der Veröffentlichung dieser Dokumente werde sie die Pläne der Faschisten durchkreuzen. Da veröffentlicht sie einen Schub von Dokumenten und wartet dann 1, 2, 3 Tage, daß die Faschisten zu Kreuze kriechen, ob der enthüllten Wahrheit. Und sie packt immer mehr aus. Noch zögert sie mit der allergrößten Bombe, denn sie ist ehrlich national, sie will dem deutschen „Volke“ nicht schaden. Aber sie wird auspacken müssen, was jeder weiß, und wird dokumentarisch belegen müssen, daß die österreichische Heimwehr Hand in Hand arbeitet mit den reichsdeutschen Faschisten und den reichsdeutschen Heeresbehörden nicht nur für Bürgerkrieg sondern auch für den nächsten frisch, fromm, fröhlichen — imperialistischen Krieg! ... Die arme „Arbeiter-Zeitung!“ Mit der Laterne in der Hand sucht sie bei hellichtem Tage — wie lange schon! — die „anständigen Menschen“, die „ehrliehen Demokraten“, die „treuen Republikaner“ in der Bourgeoisie, damit sie auch der Sozialdemokratie (ließ: dem Kleinbürgertum) helfen die — Bourgeoisie im Schach zu halten. Die arme „Arbeiter-Zeitung!“

Was bei diesem „Kampf“ herauskommt.

Während die Sozialdemokratie Dokumente veröffentlicht zum „Kampf“ gegen den Faschismus, während sie die „anständigen, ehrlichen, treuen“ Kapitalisten zum Kampf gegen die „unanständigen, unehrliehen, treulosen“ Kapitalisten mit der Laterne sucht, — mittlerweile apportiert sie den Mietervorrat, neppt mit bei der Rationalisierung („bessere Ausnutzung des Achtstundentages“ bei den Straßenbahnen, deren Arbeitsleistung sie um das dreifache dessen steigert, was sie ihnen Groschen zügibt — bei steigender Entwertung des Geldlohnes durch die Teuerung) und hat auch schon durch Gewerkschaftskommission und Parteivorstand ihre Teilnahme zugesagt an der „Enquete“, die der Biedermann des Industriellenverbandes Strerwitz einberuft, „um die Leistungsfähigkeit der einzelnen Produktionszweige und der Wirtschaft überhaupt zu heben“, das heißt um die Profite der Kapitalisten durch gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter zu steigern. Ja der Strerwitz, das ist halt ein Mann der „Wirtschafts-demokratie“, der läßt uns sozialdemokratische Führer mitreden! Ja wenn man uns sozialdemokratische Führer „mitreden“ läßt, wenn man mit uns sozialdemokratischen Führern „zusammenarbeitet“, oh, da sind wir zu haben, zu haben zum Beispiel selbst für den Abbau von elftausend Eisenbahnen.

Wenn die SP so weiter „kämpft“, wie sie nur schon zehn Jahre „kämpft“, dann wird die Bourgeoisie mit ihrer Heimwehr kein schweres Spiel haben — soweit es auf die Sozialdemokratie ankommt. Die Sozialdemokratie wird zwar immer „stärker“, das heißt

dicker und fetter,

im letzten Jahr hat sie um 44.000 Mitglieder zugenommen, zählt ihrer schon 700.000, aber merkwürdig: die Arbeiterschaft wird immer

dünnere und magerere,

den Kapitalisten aber stets dabei immer besser und trotz des sozialdemokratischen „Kampfes“, trotz der immer größeren Opfer die die SP bringt (versteht sich aus den Taschen der Arbeiter), trotz der Dokumente will diese Bourgeoisie immer mehr: die Sozialdemokratie hat ihr den kleinen Finger gereicht — sie wollte die ganze Hand, sie hat ihr die Hand gereicht — sie wollte den ganzen Arm, sie hat ihr den Arm gereicht — die Bourgeoisie will den ganzen Leib! Der Sozialdemokratie wirds ganz schwummerlich.

Die Lage in Deutschland.

In Deutschland stehen die Dinge genau so wie bei uns, nur treten sie viel offener zu Tage. Die deutsche Sozialdemokratie hat die denkbar größten

„Opfer“ gebracht: am 1. Mai ließ sie zur Verhinderung der Maidemonstration hunderte Arbeiter durch Zörrgibel niederknallen; sie zieht durch ihren Finanzminister Hilferding den Arbeitern den letzten Pfennig aus der Tasche und schiebt Riesengeldhappen in die Säcke der Kapitalisten; sie schluckt Panzerkreuzer auf Panzerkreuzer für den deutschen Imperialismus, aber der Lohn bleibt aus: die Bourgeoisie lüftet zwar höflich den Hut über soviel Bravour ihrer Lakeien, aber sie rüstet immer weiter ihre faschistischen Garden und immer bedrohlicher rückt der Tag heran, der das Wort verwirklichen will von dem „Mohren der seine Pflicht getan, von dem Mohren, der gehen kann“, der Tag des Marsches auf Berlin — Was tun?

Die SPD, die „demokratische“ hat die Antwort schon gefunden. Sie droht und bereitet die Massen vor auf die „demokratische Diktatur“, die „Diktatur der Demokratie“, die „Diktatur der Mitte“, die „Diktatur der organisierten Massen des Volkes, die in den Gewerkschaften und im Reichsbanner zusammengeballt sind“... mit einem Wort: auf die sozialdemokratische Diktatur.

Die Perspektiven der österr. Sozialdemokratie.

Die Dinge in Deutschland stehen im engsten Zusammenhang mit dem Gang der Dinge in Österreich. In der Führung der österreichischen Heimwehr sitzt dominierend der Vertrauensmann der reichsdeutschen Rechtsbourgeoisie: Pabst. Der für den

17. September

geplante Marsch auf Wien steht zweifellos in engstem Zusammenhang mit der Gesamttaktion des deutschen Faschismus.

Ebenso zweifellos ist, daß die „Gegenaktion“ der österreichischen SP Hand in Hand geht mit dem Verhalten der SPD auch politisch.

Die österreichische SP ist viel, viel vorsichtiger als die deutsche (sie hats auch leichter als diese), die deutsche muß vorangehen, die österreichische läßt den Massen den Vortritt, um ihnen wenn sie in Fluß kommen auf den Rücken zu springen und sie dorthin zu lenken, wohin das Kleinbürgertum es will.

Kein Zweifel, daß sich auch die österreichische Sozialdemokratie mit jenen politischen Erwägungen befaßt, die die deutsche SP bereits offen ausspricht. Beide stehen grundsätzlich auf dem Boden derselben Politik, nämlich der kleinbürgerlichen. Zur Zeit kämpft die österreichische Sozialdemokratie noch um die Koalition im alten Sinne, die bei ehr-

licher Abrüstung von Heimwehr und Schutzbund mit dem kapitalistischen Staatsapparat versteht sich, kapitalistische Politik machen soll. Aber der Gang der Dinge wird und muß die österreichische Sozialdemokratie in absehbarer Zeit auf dieselbe Bahn zwingen, die die deutsche bereits betreten hat.

Die sozialdemokratische Diktatur.

Sie kann die verschiedenartigsten Formen annehmen und wahrscheinlich wird sie sie alle hintereinander durchlaufen: die Form der offenen Koalition, der stillen Koalition (mit mehr oder weniger formellen Vereinbarungen), der sozialdemokratischen Alleinregierung, die sich dann als „Arbeiterregierung“ auftun wird (mit oder ohne formelle, mit oder ohne faktische Vereinbarungen).

Die Form ist nicht nebensächlich, aber entscheidend ist der Inhalt: es wären Regierungen, die mit oder auch ohne Parlament regieren würden „zum Schutze, zur Erhaltung der Demokratie“. Das heißt sie würden im besten Falle den Faschismus seiner Form und seinen Methoden nach niederhalten (auch das nur vorübergehend!), um den faschistischen Inhalt, das faschistische Programm mit anderen Mitteln und Methoden durchzuführen. Sie würde uns vor den Segnungen des Rhizinusöls und des Kastriermessers bewahren, aber das durchzuführen worauf es den Kapitalisten praktisch und faktisch ankommt: die maximal gesteigerte rationalisierte Ausbeutung der Arbeiter, wobei sie paar Knochen hinwerfen würden, um das Ganze den Arbeitern schmackhaft zu machen. Mit

einem Wort: die sozialdemokratische Diktatur ist das Regime, daß der Bourgeoisie die faschistische Form zwangsweise abkaufen will um den Preis der Durchführung des wirtschaftlichen Inhalts des Faschismus, das heißt des finanzkapitalistischen Programms.

Und dieses Programm will die Sozialdemokratie durchführen, gestützt auf die — Arbeitermasse! Es ist klar, daß selbst der Gedanke zu einem solchen politischen Kurs nur entstehen kann auf der Grundlage der durch den Stalinismus entnervten, absolut kampfunfähigen offiziellen Kommunistischen Parteien. Ebenso klar ist, daß die sozialdemokratische Diktatur sich nur vorübergehend halten kann: Diktatur gestützt auf die Arbeiter, um kapitalistische Politik zu treiben — Diktatur gestützt auf Gewerkschaften und Schutzbund, um die Ausbeutung der Arbeiter zu Gunsten der Kapitalisten zu steigern, dieser innere Widerspruch läßt sich auf die Dauer nicht verkleistern. Der unvermeidliche, schließliche Bankrott der kleinbürgerlichen Diktatur wird den Massen den einzig möglichen Weg zeigen: die proletarische Diktatur!

Welche Form immer der Gang der Dinge bringen wird — wir müssen uns auf die ungeheuersten Formen gefaßt machen, deren Zweck sein wird den politischen Inhalt möglichst zu verhüllen — das eine ist sicher: die Faschisten werden und müssen handeln.

Ebenso sicher aber ist, die Massen, jahrelang eingekullt, eingeschläfert, abgelenkt durch die SP, wodurch sie gerade dem Faschismus den Boden bereitet, werden und müssen in Gang kommen.

Die Arbeiterschaft von heute, ist nicht die von 1918—19. Ein Teil ist gestorben, ein Teil ist ausgewandert, ein Teil zerdrückt vom Elend vegetiert deklariert unterhalb des Proletariats. Neue Arbeiterschichten sind entstanden: die vernichteten Mittelebenen, der Zustrom vom flachen Lande und vor allem sind die Arbeiterkinder herangewachsen die die Welt durch die Brille des sozialdemokratischen „Arbeiter“-Sports sehen, alles zusammen Schichten, die nichts von den revolutionären Erfahrungen des Weltkrieges und des Umsturzes in sich haben. Diese neuen Schichten sind das richtige Material für die sozialdemokratische Politik. Uebrigens auch die Basis, auf der sich in Sowjetrußland Stalin erhoben hat und hält und auf der sich die stalinistischen Apparateleute in den offiziellen Kommunistischen Parteien halten. Der Stock von Arbeitern, die die revolutionäre Erfahrung der Vergangenheit verkörpern, ist verhältnismäßig klein.

Aber: die Massen werden in Fluß kommen und im Fluß der Ereignisse wird die große Masse der revolutionär unerfahrenen Proletarier rasch lernen und mit Hilfe des leninoppositionellen Kernes und diesem helfend die Führung schaffen, mit der allein die Arbeitermasse die proletarische Diktatur aufrichten und behaupten kann: die gereinigte und geeinigte Kommunistische Partei!

Was bringt uns der 1. August?

Von Leo Trotzky. Korrigiert in Nr. 46

Das „West-Europäische Büro der Kommunistischen Internationale“ hat die Arbeiter der ganzen Welt aufgerufen, am 1. August auf die Straße zu gehen. Diese Demonstration wurde bestimmt als Antwort auf das blutige Gemetzel, das die deutsche Sozialdemokratie der Avantgarde der Berliner Arbeiter geliefert hat. Daß das historische Verbrechen, das am 1. Mai verübt wurde nicht ungesühnt bleiben kann und wird, darüber besteht für einen Revolutionär kein Zweifel. Die Frage ist nur die: Wann und wie kann man sich an der Sozialdemokratie und ihrem bürgerlichen Auftraggeber für das blutige Gemetzel der Maidemonstration rächen? Der Weg, den die Komintern gewählt hat, ist von Grund aus falsch. Es ist eine direkte Vorbereitung einer neuen Niederlage.

Die Demonstration am 1. Mai ist eine traditionelle Manifestation des Proletariats, die von vornherein ist immer einem bestimmten Kalendertag angepaßt ist, unabhängig vom Gang des internationalen und nationalen Leben des Proletariats. Aber die ganze Geschichte der Maifeier zeigt, daß sie sich nie über den wirklichen Gang der Arbeiterbewegung emporgeschwungen hat, sondern von diesem Gang in Gänze bestimmt war und sich ihm unterwarf. Bei den Parteien, die eine reformistische, friedliche Arbeit geführt haben, verwandelte sich diese Feier schon in den ersten Jahren in eine friedliche Demonstration, die schon vor dem Krieg ihre revolutionären Züge verloren hatte. In den Ländern, wo ein energischer Kampf für das allgemeine Wahlrecht geführt wurde, verwandelte sich die Maifeier in einen Bestandteil dieses Kampfes. In Rußland verschmolz die Maifeier mit dem revolutionären Kampf gegen den Zarismus und, angefangen von 1905, teilte sie alle Etappen dieses Kampfes: vom stürmischen Aufstieg bis zum vollen Niedergang. Dasselbe beobachteten wir in Deutschland nach dem Kriege.

Die Maifeier dieses Jahres spiegelte selbstverständlich jene Prozesse wieder, die in der letzten Zeit ihren Ausdruck gefunden haben im Leben der Gewerkschaften, in den Gemeinde- und Reichsratswahlen, besonders in England und Belgien und in vielen anderen kleineren Erscheinungen des Arbeiterlebens. Die politische Stabilisierung der Bourgeoisie fand in der Politik der Komintern in den letzten sechs Jahren ihre wichtigste Stütze. Diese Politik verbürgte die Niederlage des Proletariats in Deutschland, in China, in England, in Polen, in Bulgarien, die Schwächung seiner Positionen in Sowjetrußland, den folgerichtigen Zerfall der Komintern und den neuen Aufstieg der Sozialdemokratie. Die politische Stabilisierung der Bourgeoisie war eine notwendige Voraussetzung für ihre ökonomische Stabilisierung, die ihrerseits die Möglichkeiten einer unmittelbaren revolutionären Tätigkeit schwächte.

Man sagte uns in der Zeit des VI. Kongresses, daß die Lage in Deutschland die Revolution auf die Tagesordnung stellt. Thälmann erklärt direkt: „Die Lage wird immer revolutionärer.“ Aber die Schätzung war im Grunde falsch. In dem Brief, den Trotzky an den VI. Kongreß im Namen der Opposition schickte („Was nun?“) wurde die offizielle Schätzung in allen Details untersucht, und vor einem Jahre wurde entschieden vor dem verderblichen abenteuerlichen Schlüssen gewarnt, die in dieser Schätzung enthalten waren. Die Opposition leugnete nicht die Symptome der Linksschwenkung der deutschen Arbeitermassen. Im Gegenteil. Diese „Linksschwenkung“ fand unserer Meinung nach ihren zweifellosen Ausdruck bei den letzten Wahlen in den Reichstag. Aber die ganze Frage geht um den Grad dieser Linksschwenkung. Wir hatten auch in Deutschland ein gleichzeitiges Wachsen der Sozialdemokratie und der Komm. Partei. Das bedeutete zweifellos ein Abrücken der großen Ar-

beitermassen von den bürgerlichen Parteien. Aber der wichtigste Strom bewegte sich noch im Flußbett der Sozialdemokratie. Bei dieser Konstellation war es ein unverzeihlicher Leichtsin zu sagen, daß „die Lage revolutionärer wird.“ Die Sozialdemokratie ist keine Partei der Revolution. Hermann Müller und Zörgiebel erinnerten daran die ganze Welt am 1. Mai.

Man muß richtig verstehen, was bei der jetzigen Lage der Dinge das Wachsen der Sozialdemokratie bedeutet. Nach den Erfahrungen des Krieges und der Niederlagen des deutschen Imperialismus fühlen die breiten Massen der Arbeiter, auch ihre neuen Generationen, das Bedürfnis wieder durch die Schule des Reformismus zu gehen. In der gegenwärtigen Epoche, wo alle Prozesse viel schneller vor sich gehen, wird diese Schule nicht Jahrzehnte, wie die Vorkriegsschule der Sozialdemokratie, sondern wahrscheinlich einige wenige Jahre dauern. Aber gerade durch diese Periode geht die deutsche, überhaupt die ganze europäische Arbeiterklasse durch. Die Entstehung der selbständigen Fraktion Brandlers ist ein kleines, nebensächliches Symptom eines und denselben Prozesses. Der Uebergang der Arbeiter von der Bourgeoisie zur Sozialdemokratie ist ein Zeichen, daß die Massen nach „links“ gehen. Aber diese Linksschwenkung hat vorläufig einen rein pazifistischen, reformistischen und nationalen Charakter. Das weitere Schicksal dieses Prozesses hängt ab von einer Reihe innerer und internationalen Ursachen, in bedeutendem Maße auch von unserer eigenen Politik, von unserem Vermögen das Wesen des vor sich gehenden Prozesses zu verstehen, von unserer Fähigkeit die nacheinander folgenden Perioden zu unterscheiden.

Die reformistische Linksschwenkung wird der revolutionären Platz machen, von dem Moment an, wo die Massen angefangen werden in einem immer breiteren Strom von der Sozialdemokratie zur Kommunistischen Partei überzugehen. Aber das ist noch nicht der Fall. Einzelne episodenhafte Erscheinungen können nicht in Betracht bezogen werden. Man muß den ganzen Prozeß in Rechnung ziehen. Als Thälmann nach Stalin und anderen Leitern der Komintern im Juli 1928 sagte: „Die Lage wird immer mehr revolutionär“, so offenbarte er nun seine völlige Unfähigkeit die Dialektik jenes Prozesses zu verstehen, der in der Arbeiterklasse vor sich geht.

Die deutsche Kommunistische Partei erhielt bei den vorjährigen Wahlen 3,200,000 Stimmen. Nach der Niederlage im Jahre 1923, d. h. nach dem Krach des Brandlerianertums, und nach den erschreckenden Fehlern der Ultra-Linken in den Jahren 24—25 war dieses Resultat im hohem Maße bedeutend und vielversprechend. Aber es war auf keinen Fall als ein Symptom einer revolutionären Konstellation zu werten. Neun Millionen lasten auf drei Millionen zweimalhunderttausend. Das zeigte sich schon bei der „Panzer“-Kampagne, die das Marktgeschwätz von Thälmann, daß die Lage „immer revolutionärer wird“ vollkommen widerlegt hat.

Die Arbeitermassen, vor allem ihre neuen Generationen gehen jetzt durch erneuerte, beschleunigte Kurse des Reformismus. Das ist die grundlegende Tatsache. Daraus resultiert natürlich auf keinen Fall ein milderer Verhalten unsererseits zur Sozialdemokratie, oder zur rechten Opposition (Brandler-Bucharin u. Co.). Aber unsere eigenen taktischen Aufgaben müssen sich vor allem aus dem Verständnis dessen, was vor sich geht, kristallisieren. Die Maifeier konnte sich nicht aus der politischen Konstellation lösen. Sie konnte der Kommunistischen Partei nicht helfen, für 24 Stunden stärker zu sein, als sie bis jetzt war. Die Maifeier konnte nur eine Episode sein im Prozeß der noch reformistischen pazifisti-

schen „Linksschwenkung“ der Massen. Der Versuch auf 24 Stunden einen Sprung in den Himmel zu tun, streng nach dem Kalender, resultierte aus der falschen Abschätzung der Prozesse, die in den Massen vor sich gingen und mußte zur Niederlage führen, die in sich unzweifelhafte Elemente des Abenteuerertums enthielt. Bei den falschen Berechnungen des revolutionären Abenteuerertums bereichern sich immer die Opportunisten, im gegebenen Falle die Sozialdemokraten und teilweise die Brandlerianer, die eine saubere, eine ehrlichere und frischere Ausgabe der „revolutionären“ Sozialdemokratie sind. Sie benützen die Niederlagen des revolutionären Abenteuerertums, um die revolutionären Methoden überhaupt zu kompromittieren.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Maifeier die deutsche Komm. Partei zurückgeworfen hat. Das soll aber gar nicht heißen, daß sie die Partei für immer oder auf lange Zeit zurückgeworfen hat. Das beispiellose Verbrechen der Sozialdemokratie wird sich nach und nach des Bewußtseins der Arbeitermassen bemächtigen und wird ihnen helfen den Uebergang zum Kommunismus zu vollziehen. Daran kann kein Zweifel bestehen, bei einer einzigen Bedingung: einer einigermaßen richtigen Politik der Komm. Partei selbst.

Wenn man unter diesem Gesichtswinkel die Lage betrachtet, so muß man vor allem die Frage stellen: was benötigen jetzt die Berliner, die deutschen und alle anderen Arbeiter? Die Wiederholung des Ersten, oder die Einprägung der Lehren vom ersten Mai? Diese Frage beinhaltet schon die Antwort. Die Wiederholung ist undenkbar und unzulässig. Die Wiederholung wäre ein bloßes sinnloses Aenteuer. Die Einprägung der Lehren ist notwendig, notwendig ist eine richtige Abschätzung dessen, was vorgefallen ist. Notwendig ist eine richtige politische Linie.

Wir sagten schon, daß der 1. Mai sich nicht über das politische Niveau der Bewegung erheben kann. Noch weniger kann der Sache helfen eine Anhäufung von „Roten Tagen“ die bürokratisch nach dem Kalender bestimmt sind. Trotzdem macht die Komintern den Versuch am 1. August, den 1. Mai zu rächen. Man kann schon jetzt sagen, und man muß es laut sagen, daß: Der „Rote Tag“ am 1. August von vornherein zur Niederlage verurteilt ist. Noch mehr: Das was am 1. Mai Positives war (die Selbstverleugnung eines Teiles der proletarischen Avantgarde) wird am 1. August zu einem Minimum reduziert. Und das, was am 1. Mai negativ war (die Elemente des Abenteuerertums) wird zur Potenz erhoben.

Im Herbst 1923, als in der Komintern das geistige Leben noch nicht ganz erloschen war, wurde in der leitenden kommunistischen Presse eine internationale Polemik geführt, über die Frage, ob man einen Aufstand vorher ankündigen kann. Bauend auf den ganzen Erfahrungen der Revolution, bewiesen die Marxisten, daß man es nicht nur kann, sondern auch soll. Mit den Stalins und Sinowjews haben die Brandlers und Masslows über den vorher angekündeten Aufstand gehöhnt. Damit zeigten sie, daß sie in den grundlegenden Fragen der Revolution hoffnungslose Philister geblieben sind. Je revolutionärer die Situation ist, desto mehr braucht das Proletariat einen klaren und deutlichen Aktionsplan. Die Leitung der Partei muß das Ruder fest in der Hand halten und auch voraussehen. Bei solchen Anlässen ist eines der grundlegenden Momente der Leitung die praktische Vorbereitung des Aufstandes. Und da der Aufstand, sowie alle menschlichen Handlungen, sich in einem Zeitabschnitte entwickelt, so muß die Leitung auch rechtzeitig den Zeitpunkt für den Aufstand bestimmen. Aendert sich die Lage, so kann, natürlich, auch der Zeitpunkt verschoben werden, wie er in Petrograd im Jahre 1917 verschoben wurde. Die Leitung aber, die nicht verstehen kann, was der Faktor der Zeit bedeutet, die mit Naturelementen schwimmt, sich überschluckend

und Blasen erzeugend, ist zum Untergang bestimmt. Die revolutionäre Lage verlangt einen revolutionären Kalender.

Aber das bedeutet noch nicht, daß wenn die Thälmann, Stalin, Manuiski oder Semard den Kalender in die Hand nehmen, und einen roten Klex über das Datum vom 1. August stellen, damit schon dieser Tag zu einem revolutionären Ereignis wird. Eine solche Einstellung schließt in sich die allerverderblichsten Züge des Bürokratismus und des Abenteueriums. In den Ländern und in den Parteien, wo der reine Bürokratismus das Uebergewicht bekommen wird, — und es sind ihrer die Mehrzahl —, wird der 1. August, wahrscheinlich ein komisches Fiasko erleiden, in der Art der Demonstration von Semard-Monmouso in Vincent. In den Ländern, wo das Uebergewicht die Elemente des Abenteueriums bekommen werden, kann der 1. August mit einer Tragödie enden, die dieses Mal — im Gegensatz zum 1. Mai — schon ganz und unwiderruflich vom Feinde ausgenützt wird.

Der Aufruf des West-Europäischen Büros der Komintern, der von Berlin am 8. Mai ausgegeben wurde, überrascht, trotzdem wir an vieles gewohnt sind, durch seinen Leichtsin, seine Geschwätzigkeit, Prahlerei und eine abscheuliche Verantwortungslosigkeit. „Auf die Straße Proletariat!“ „Weg mit dem imperialistischen Krieg!“ „Eignet euch die politische und kriegstechnische Erfahrung des Berliner Proletariats an!“ „Rechnet mit den Kampfmethoden der Polizei!“ „Versichert euch der Fähigkeit des Manövrierens!“ „Vereinigt eure Unterstützung des Berliner Proletariats mit den alltäglichen Forderungen der breiten proletarischen Massen!“ „Auf die Straße Proletariat!“

Mit anderen Worten, den Kommunistischen Parteien wird eine streng kalendermäßige Aufgabe gestellt: Während der drei Monate (Mai—August) sich mit den breiten Arbeitermassen zu verbinden (nicht mehr und nicht weniger), das Manövrieren

lernen, die Kampfmethoden der Polizei berechnen, sich die politische und kriegstechnische Erfahrung des Kampfes aneignen und auf die Straße ziehen — gegen... den imperialistischen Krieg. Es ist schwer sich ein kläglicheres Dokument vorzustellen, das Zeugnis ablegt, daß es dem Staatsapparat gelungen ist, durch aufeinanderfolgende Schläge auf den Schädel der Komintern, ihre erschreckende Verdummung zu erreichen. Und nun macht diese kopflose Leitung, bewaffnet mit oben angeführten Ideen und Parolen, die Bourgeoisie von ganz Europa darauf aufmerksam, daß sie gesonnen ist, am 1. August die Arbeiter auf die Straße zu führen, bewaffnet mit kriegstechnischen Methoden!... Kann man schamloser mit dem Kopf der proletarischen Avantgarde und mit der Ehre der Komintern spielen als es die kläglichen Epigonen mit Stalin an der Spitze tun?

Die Aufgaben und die Pflichten der Bolschewiki-Leninisten ergeben sich aus der ganzen Konstellation mit voller Klarheit. Wir stellen derzeit in der Arbeiterbewegung eine kleine Minderheit dar, — aus demselben Grunde, aus dem die Bourgeoisie in den letzten fünf Jahren stärker geworden, die Sozialdemokratie gewachsen ist, der rechte Flügel der Komintern sich zusammenschließt, und der Zentrismus in seinen Händen den Apparat hält. Die Aufgabe der marxistischen Minderheit besteht darin, zu analysieren, abzuschätzen, vorauszusehen, vor Gefahren zu warnen und den Weg zu zeigen.

Was soll jetzt geschehen? Vor allem muß man das verbessern, was schon geschehen ist. Die Manifestation vom 1. August muß abgesagt werden.

Aber das würde doch dem Prestige der Komintern und ihren nationalen Sektionen Abbruch tun. Ein so grober politischer Fehler kann nicht spurlos an der Autorität der Komintern vorübergehen. Aber der Verlust wird doch kleiner, wenn man die Demonstration

rechtzeitig abgesagt, als wenn man auf dem gemachten Fehler beharrt und die Demonstration verwandelt, in einem Falle, in eine unwürdige Komödie, im anderen, in einen Partisanenzusammenstoß kleiner revolutionärer Korps mit der Polizei.

Der vor kurzem abgehaltene Parteitag der deutschen Kommunistischen Partei scheint zu versuchen, in seinem Manifest vom Aufruf des West-Europäischen Büros auf die Seite der Vernunft abzutreten. Aber anstatt fest und klar den Rückzug anzutreten, begnügt sich das Manifest des Parteitages die kriegstechnischen Parolen der Komintern zu verstärken und zu verwässern. Das ist der schlechteste Weg. Denn er vereinigt in sich alle Nachteile der Defensive und alle Gefahren des Abenteueriums.

Die Manifestation muß abgesagt werden. Die Opposition muß alle ihre Kräfte anwenden, um das zu erreichen. Man muß verstehen, bei allen Organisationen der Partei anzuklopfen, hinter deren Rücken die Manifestation angekündigt war. Man muß sich an die vorgeschrittenen Elemente der Gewerkschaften wenden. Man darf nicht erlahmen, die Fehlerhaftigkeit und die Gefährlichkeit dieses neuen Streiches auseinanderzusetzen. Man muß den Kommunisten und den revolutionären Arbeitern überhaupt auseinandersetzen, daß die erste Vorbedingung der Kampfmassenmanifestationen nach den Parolen der Partei, der Einfluß der Partei auf die Massen ist, der von Tag zu Tag durch eine klare, weitsichtige und richtige Politik erobert wird. Die jetzige Politik aber untergräbt und zerstört den Einfluß der Komintern, der durch die Oktoberrevolution, in der Zeit der vier ersten Kongresse erobert war. Man muß die Politik von Grund aus ändern. Der Beginn muß mit der Absage der Demonstration am 1. August gemacht werden.

Die Opposition wird es unter keinen Umständen zulassen, daß sie von den Massen getrennt wird, vor allem von ihrer Avantgarde. Sie wird auch dieses Mal ihre Pflicht erfüllen.

Wählet sozialdemokratisch! Mieterschutz gesichert!

Von L. Stift.

Unter dieser Losung ist die Sozialdemokratie im April 1927 in den Wahlkampf gezogen. In Hunderttausenden von Flugblättern und tausenden Plakaten hat sie den Wählern die Folgen einer Verschlechterung des Mieterschutzes aufgezeigt. Nicht oft genug konnte sie erklären, sie lasse am Mieterschutz nicht rütteln, sie werde alle Anschläge dagegen abwehren.

Schon am 1. Jänner 1926, schrieb die „Arbeiter-Zeitung“:

„Die Sozialdemokraten werden nicht zulassen, daß von dem Mieterschutz auch nur ein Span abgesplittert werde. Der Mieterschutz muß unversehr bleiben, nichts darf davon abgebrockelt werden, die Hausherrenrente darf nicht wiederersterben. Dafür wird die Sozialdemokratie kämpfen, in diesem Kampfe

wird sie die ungeheure Masse der Arbeiter und des Mittelstandes um sich zu scharen wissen. Und da es in diesem Kampfe kein faules Kompromiß, da es in diesem Kampfe kein Majorisieren geben kann, so wird es den Christlichsozialen sofern sie der Vernunft unzugänglich bleiben sollten, nicht erspart werden, den Wählern Gelegenheit zu geben, neuerdings selbst darüber zu entscheiden, ob sie den Millionentribut an die Hausherren zu bezahlen gesonnen sind.“

Am 24. Februar 1926, schrieb die „A.-Z.“:

„Der 3000fache Friedensmiltzens macht 150 Millionen Schilling aus... Die Mieter aber sollen nicht nur den 3000fachen Mietzins bezahlen, sondern auch noch die Betriebskosten und die Steuern dazu... Die Antwort der Mieterschaft auf diesen infamen Versuch kann nur lauten: Jetzt erst recht: Hände weg vom Mieterschutz!“

Nur wir wußten damals genau so wie heute, was die Arbeiter von der Sozialdemokratie zu erwarten haben. Ist doch kurz vor dem Erscheinen dieses Kampfabendartikels das Anforderungsgesetz mit Hilfe der SP begraben worden!

Seit dem sind Jahre vergangen. Die Bourgeoisie hat an Macht gewaltig zugenommen, rüstet offene Banden aus für den Bürgerkrieg. Für die Sozialdemokratie mit ihrem Schutzbund sind das belanglose Geschichten einiger „größtenwahnwahniger“ Leute. Mit den Enthüllungen einiger Dokumente, mit dem Appell an das Parlament den Vaugin wegen Hochverrat in den Anklagezustand zu versetzen, scheint der „Kampf“ der SP gegen die Giftgasbanden beendet zu sein.

Die Bourgeoisie beantwortet die Kapitulantpolitik mit hageldichten Schlägen auf die einfachsten Rechte der Arbeiterklasse, mit dem „Aufräumen des revolutionären Schutts“, mit der Beseitigung des Mieterschutzes.

Es war klar, daß das Proletariat nur durch zähen außerparlamentarischen Kampf den Vorstößen der Hausherren begegnen konnte. Aber gerade dafür war die auf dem Boden des parlamentarischen Kretinismus, des Klassenfriedens stehende SP nicht zu haben. Eine Partei des „inneren Friedens“, des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus, kann, darf nicht kämpfen, sie muß in den entscheidendsten Situationen zurückweichen, kapitulieren, jede Niederlage in einen Erfolg umlügen und die Arbeiter auf die nächsten Wahlen verrotzen.

In der Tat knickten die rührigen sozialen Demokraten ein und nach allen Regeln der Kunst halfen die rosaroten Totengräber mit, jenes Loch zu graben, in dem einige Zeit darauf der Mieterschutz zu Grabe getragen werden sollte. So erlebten wir es, daß der sozialdemokratische „Abend“ am 8. Juni d. J. wie folgt die Argumente der „Reichspost“ übernahm:

„Wir müssen eben mit den Tatsachen rechnen und die Tatsachen zeigen, daß das kleine Oesterreich heute der einzige Staat in Europa ist, in dem noch tatsächlich von einem Mieterschutz gesprochen werden kann. Rings um uns herum ist überall der Mieterschutz längst mehr oder weniger beseitigt worden. Ueberall sind die Zinse valorisiert oder sogar übervalorisiert.“

Dieselben Argumente ließen die Hausherrenvertreter Stark und Pistor von sich hören.

Viel geschickter schrieb die „A.-Z.“ am 5. Juni:

„Sie wollten nicht ohne zwingende Not ein Gesetz scheitern lassen, daß den großen Betrag von 450 Millionen Schilling in den nächsten drei Jahren für

die Förderung der Bautätigkeit zur Verfügung stellen will. 450 Millionen Schilling in drei Jahren — das bedeutet immerhin die Erbauung vieler Tausender Wohnungen, das bedeutet Aussicht auf Wohnungen für Tausende verzweifelte Wohnungslose und für Tausende, die heute furchtbar teuer als Untermieter wohnen müssen, das bedeutet vor allem vermehrte Arbeitsgelegenheit im Wohnungsbau, in den Baustoffindustrien, also Arbeit für tausende Arbeitslose. Die Sozialdemokratie ist deshalb bereit, Opfern der Mieter zuzustimmen, um die Zustimmung der bürgerlichen Mehrheit zu der Wohnbauaktion zu erlangen.“

Prüfen wir einmal die Argumente. Im § 4, Absatz 1 des Wohnbauförderungsgesetzes heißt es:

„Ueber das Ansuchen um Zusage der Bundeszuschüsse entscheidet der Bundesminister für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen nach freiem Ermessen.“

Wer der Bundesminister für Finanzen und der Minister für soziale Verwaltung ist, das wissen die Arbeiter. Wie der Fond zur Förderung der Bautätigkeit verwendet werden wird, darüber lassen wir den Abgeordneten Sever selbst sprechen. Er sagte am 7. Juni bei der Obmännerbesprechung:

„Der Gesetzentwurf kann niemandem eine Freude bereiten, weil er nicht viel bedeutet und sich überdies nur auf Wien erstreckt. Man sollte glauben, daß alles, was aus dem 450-Millionen-Fonds gebaut wird, der Allgemeinheit zugute kommen muß. Hier zeigt sich uns aber ein bedauerlicher Mangel des Gesetzes. Die Privaten, die mit Hilfe des Bundes Wohnbauten aufzuführen, haben das Recht der freien Verfügung über die Wohnungen in ihren Häusern. Sie müssen also die Wohnungen nicht der Allgemeinheit dienstbar machen, sondern sie können sich die Mieter aussuchen. Dadurch wird mit Mitteln des Bundes ein Privileg für Private geschaffen, die das Glück haben, einen Grund zu besitzen oder über die notwendigen 40 Prozent zu verfügen, um den Fond in Anspruch zu nehmen.“

Die Rede Severs beweist, daß die Argumente der „A.-Z.“ vom 5. Juni über das Wohnbauförderungsgesetz, dessen Inhalt die Sozialdemokratie den Mieterschutz preisgab, ein ganz gewöhnlicher Schwindel war.

War es noch vor einiger Zeit ein infamer Versuch der Regierung, den Mietzins um das 3000fache zu erhöhen, so ist das heute, wie es in der von Paul Richter ausgegebenen Sonderausgabe zur Mietenvorlage auf Seite 3, Spalte 2, letzte Zeile heißt: „dennoch erträglich!“

Schrieb die A.-Z. am 1. Jänner 1926: „Die Sozialdemokratie wird es nicht zulassen, daß vom Mieterschutz nur ein Span abgesplittert werde... Und da es in diesem Kampfe kein faules Kompromiß und kein Majorisieren geben kann...“, so schreibt sie drei Jahre später (8. Juni d. J.):

„Trotzdem halten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten nun nicht mehr für berechtigt, auch die neue Vorlage wie die bisherige durch Obstruktion zu vereiteln.“

Es ist also das eingetreten, was die Leninopposition seit Jahren den Arbeitern immer wieder gesagt hat:

Wird die österreichische Arbeiterklasse der sozialdemokratischen Partei folgen, die längst schon aufgehört hat die Partei des Proletariats zu sein, sondern die Partei des „Volkes“, der Kleinbürger, die Volkspartei geworden ist, in der die Arbeiter zwar die große Masse, aber der Apparat von satten, zufriedenen Bürokraten gelenkt wird, dann kann der Weg nur in den Sumpf führen und dem Mieterschutz wird der nächste Verrat folgen.

Für wie geduldig muß die sozialdemokratische Parteiführung die Arbeiter halten, wenn sie sich in der zum neuen Mietengesetz erschienenen Sonderausgabe folgende Glanzleistung an Umlügen der Tatsachen erlaubt: „Verrat am Mieterschutz?“

„Nein!“ „Der Mieterschutz ist gerettet!“

„Der Mieterschutz war in Gefahr!“

„Der Mieterschutz steht heute fester denn je!“

Tatsachen sind aber härter wie schwulstige Lügen und wenn am 1. August die Arbeiter den hohen Zins zahlen werden, so werden sie unter der Wucht der katastrophalen Teuerung, die heute schon wichtige Lebens- und Bedarfsartikel über 25 Prozent gesteigert hat und über die Sozialdemokratie als solche nachzudenken beginnen.

15. Juli 1927.

Der 15. Juli war kein Zufall. Nach Birneckers, Kowariks, Stills, Müllers Abschlagung war der Schattendorfer Mord, die Bearbeitung des Gerichtes durch die Kapitalistenpresse, der Freispruch eine vollkommen bewußt durchgeführte Provokation, die ebenso bewußt den selbstverständlichen Protest der Massen zu einem Massenaderlaß am Proletariat benutzte. 90 Arbeiter in den Straßen Wiens wie Hasen niederknallt und 2000 Verwundete!

Die Sozialdemokratie klagte und klagt Schober an. Schober ist um nichts mehr und nichts weniger blutdürstig als Zörrgiebel, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin. Die schlichte Wahrheit ist: die Schober war und ist ein — allerdings bewußtes — Werkzeug der Kapitalistenklasse.

Der 15. Juli war das bewußt herbeigeführte Ergebnis der Politik der Bourgeoisie, war ein Zwischenziel, eine Vorstufe zu dem Endziel, das heute nach zwei Jahren jeder Arbeiter bereits als greifbare Gefahr vor sich sieht: zum „Marsch auf Wien“, zur Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur.

Um der Arbeiterklasse noch größere Blutopfer zu ersparen, sei sie ausgewichen: so sprach damals die Sozialdemokratie und so spricht sie auch heute. Nun, der Zeitpunkt naht unerbitlich, wo die blutigen Tatsachen zeigen werden, daß das „milde Herz“ der Sozialdemokratie in Wirklichkeit der Arbeiterschaft die tausendfachen Blutopfer auferlegt.

Eine Politik, die in Wirklichkeit nicht den Kampf gegen sondern die Zusammenarbeit mit der

Bourgeoisie will, mußte zum 15. Juli, muß führen von Niederlage zu Niederlage des Proletariats.

Dank Sinowjew-Bucharin-Stalin hat in Oesterreich die Sozialdemokratie nicht die geringste Möglichkeit sich auf die Kommunisten, auf die „Spaltung“ und dergleichen auszuweichen. Die reformistische, das heißt die auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie gerichtete, daß heißt die sozialdemokratische Politik führt die Arbeiterklasse immer tiefer.

Die Sozialdemokratie ist die Partei des fortschrittlichen, freisinnigen Teiles des Kleinbürgertums, der die Masse der Arbeiter hinter sich führt. Aber nicht einmal dem Kleinbürgertum selbst in seiner Masse (von einer dünnen Schicht abgesehen) ist die Sozialdemokratie zu helfen im Stande. Der fortschreitende Bankrott der sozialdemokratischen Politik beweist, daß selbst dem Kleinbürgertum nur noch geholfen werden kann mit proletarischer Politik.

Diejenigen die glauben der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus sei der, daß die Kommunisten eine radikale, die Sozialdemokratie eine gemäßigte proletarische Politik wolle, daß Kommunisten und Sozialdemokraten dasselbe wollen, nur wolle die Sozialdemokratie langsamer, auf Umwegen, mit geringeren Opfern dasselbe erreichen, was die Kommunisten auf dem kürzesten, steilsten, opferreichsten Weg erstürmen wollen, sind vollkommen im Irrtum. Wir sprechen vom Kommunismus — nicht von Stalinismus, dessen verschwindender Karrikatur! Der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus ist nicht ein taktischer,

sondern ein grundsätzlicher. Welche Mittel und Methoden immer die Sozialdemokratie — seien sie nun gemäßiger oder radikaler als die Mittel und Methoden des Kommunismus — die Richtung der sozialdemokratischen Politik führt zum Kapitalismus! Alle sozialdemokratische Politik, in welche Worte immer sie sich kleide, stärkt faktisch die kapitalistische Wirtschaft, stärkt die Kapitalistenklasse und schwächt die Arbeiterklasse!

Blickt zurück auf den Weg von 1918 bis 15. Juli 1927!

Blickt zurück bis auf den Weg vom 15. Juli 1927 bis zum 15. Juli 1929!

Blickt vorwärts zum 17. September 1929! Wie stehen wir Arbeiter da, da die Bourgeoisie mit ihrer Heimwehr den Entscheidungskampf ankündigt?!

Proletarische Politik! Proletarische Partei! Schluß mit der kleinbürgerlichen „Arbeiterpartei“. Schluß mit der Sozialdemokratie! Vorwärts zur proletarischen Klassenpartei der Arbeiter, zur revolutionären Arbeiterpartei. Die gilt's zu schaffen!

Das ist die Hauptlehre des 15. Juli 1927.

Zersetzung der Stalinparteien.

Die Zersetzung der Stalinparteien schreitet fort und muß zwangsläufig fortschreiten. In Rußland immer strengere kapitalistische Politik, in der Komintern immer ultralinkere Politik (mit dem Maul versteht sich), daran muß immer nach paar Monaten eine Maskengarnitur nach der anderen sich abwirtschaften. So werden sie nacheinander hinausgeworfen: die 90prozentigen, die 91prozentigen, die 92prozentigen und sofort bis nur die reine Stalin-analyse zurückbleibt, die 100prozentigen, der Mist. Aber daß der Mist nicht einmal maskieren kann, das wird dieser Stalin noch gründlich zu spüren bekommen.

Es wäre nicht der Rede wert über den dieser Tage ausgeschlossenen Karl Frank Worte zu verlieren. Aber dieser Mann hat 1924—25 die österreichische KP „geführt“, so ultralinks, daß die Narren in Steinhof darüber gelacht. Und gelandet ist dieser „Linke“, dem wir „Freyiten“ natürlich ultrarechts waren, bei, nun bei — Brandler.

In der KPOe wurden dieser Tage einige Mitglieder der Straßergruppe (Isa Straßer) und der Schlammmgruppe ((Schönfelder, P. Kohn) ausgeschlossen.

Die Straßergruppe, 1921 levitisch, stand immer rechts. Das hat sie nicht gehindert durch die ganzen Jahre hindurch all die ultralinken Führungen, die da alle 3 bis 6 Monate einander ablösten politisch, organisatorisch und moralisch zu unterstützen und ihnen mit allen Mitteln zu helfen, uns aus der Leitung bis aus der Partei herauszudrängen. Sie hat die skrupellosesten Mittel und Methoden der Ultralinken nicht nur gebilligt, sondern auch aufs aktivste ohne jede Skrupel gegen uns angewendet. Die Straßergruppe war es, die den ultralinken Garnituren von Toman 1922 bis zu Koplenigs heutigen Gedenkens die unpolitischen „Argumente“ scheffelweise gratis und franco geliefert hat. Sie hat die zahllosen Moskauer Windwechsel höchst elastisch mitgemacht. Sie hat mitgeholfen die Parteidemokratie mit Füßen zu treten, sie hat so die Peitsche mitgeflochten, die nun auf sie selbst niederzuklatschen beginnt.

Die Schlamms haben denselben Weg etwas später betreten, nämlich 1925. Die Straßergruppe blieb sich selbst immer treu, die Schlamms dagegen haben den Kampf gegen das Sinowjewsystem unter unserer Führung zunächst mitgekämpft, haben dann aber als ihnen der Kampf langwierig war zu den Stalinisten, deren korumpierendem Einfluß erliegend, umgesattelt.

Nun also werden die Straßer & Co. und die Schlamms & Co. — beide Grüppchen stehen einander sehr nahe — einer nach dem anderen herausgedrückt, sie die wacker mitgearbeitet haben an unserem Ausschuß. Zur Schadenfreude wäre also Gelegenheit genug. Aber wir sind weit davon entfernt. Wir haben keinen Anlaß zu jubeln, daß die Partei von den Stalinverbrechern immer mehr zertrümmert wird. Im Gegenteil!

Was aber die Straßer und Schlamms betrifft, so werden sie zum erstenmal auf eigenen Füßen marschieren müssen und in ihrer Praxis ihren wahren politischen Charakter zeigen, zeigen müssen. Darnach wird sich unsere Stellung bemessen und nicht nach der Vergangenheit. Aber es versteht sich, daß die Vergangenheit nicht weggeblasen werden kann. Wer Taten gesetzt hat, muß durch Taten beweisen, daß er sich geändert hat. —

Standhafte Geduld und das Maximum an Aktivität das unsere Kraft zuläßt, bleibt nach wie vor unsere Losung! Sieben Jahre! Und doch stehen wir erst am Anfang! In der Partei und in der K. I. Aber die Zeit naht, da die Umgruppierung auch die Mitgliedschaft selbst umfassen wird!

Beschlagnahme der „Arbeiter-Stimme“

Angesichts dessen, daß die Heimwehr die Massenabschlachtung der Arbeiter vorbereitet, hat es die „Arbeiter-Stimme“ als ihre Pflicht erachtet, der Arbeiterschaft zu sagen was sie gegen diese Gefahr tun muß. Die Staatsanwaltschaft, die trotz der veröffentlichten Dokumente gegen die Heimwehrbanditen und ihre verbrecherischen Helfershelfer nicht mit der Wimper zuckt, war flugs bei der Hand und beschlagnahmte die „Arbeiter-Stimme“ wegen — Hochverrat. Daß man den Massenmord an Arbeitern vorbereitet (sogar mit Giftgasgranaten), das ist er-

laubt, aber daß sich die Proleten, dagegen wehren, das ist Hochverrat!

Unser verantwortlicher Redakteur Gen. F. Beran wurde aus dem Bett heraus um 5 Uhr früh verhaftet, nach eineinhalb Tagen aber wieder freigegeben. Nun fabrizieren sie die Anklage.

Viele Abnehmer haben das Blatt nicht erhalten. Wir bitten das zu entschuldigen.

Selbstverständlich haben wir einen empfindlichen Schaden erlitten. Auch das ist der Zweck der Uebung der „demokratischen“ Staatsanwaltschaft. Wir sind aber überzeugt, daß unsere Abnehmer und Leser die „Arbeiter-Stimme“ nun erst recht verbreiten und unterstützen werden.

Der „Neue Sozialdemokrat“.

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß das unter obigem Titel erscheinende Blatt faschistisch ist. Der geistige Vater ist Sandor Weiß. Offenbar wird das Blatt aus derselben Quelle finanziert wie die Heimwehr-„Freiheit“.

Hilferufe der Arbeitslosen von Hainburg.

In der „A.-Z.“ konnte man in letzter Zeit oft folgenden Satz lesen: „12.000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr!“ ... Freudenstränen standen so manchem Arbeitslosen in den Augen, als er diese Freudenbotschaft gelesen. Aber die Freude war nicht von langer Dauer, weil viele Tausende zu den Zwölftausend „weniger“ nicht dazu gehören. Oder doch? Denn mehrere Zehntausend unserer Leidensgenossen stehen nicht mehr im Genusse der Arbeitslosen-Unterstützung. Die Herren von der I. B. K. arbeiten jetzt mit Hochdruck, um uns auch das Wenige zu rauben. In Hainburg haben gleich 4 solche Kapazitäten gearbeitet. Aber nicht mit Schaufel, Krampen oder Hammer, sondern — mit Rotstift. Bei der I. B. K. arbeiten sie mit Mitteln, welche die Herren wahrscheinlich von der Wiener Polizei gelernt haben. Sie sind nämlich sehr neugierig auf die Hände: hat einer sie schmutzig vom Holz- oder Beerenklauen, dann sagen die welche von den Groschen der Arbeiter

leben und schön gepflegte Prätzen (Verzeihung) Hände haben: Sie, Sie haben doch gearbeitet, das sieht man doch an ihren Händen ... Wahrhaftig es ist kein Wunder, wenns da den ausgemergelten Arbeitslosen in den Händen juckt. Da haben sie z. B. einer Frau die Unterstützung entzogen und nun muß die ganze neunköpfige Familie (sieben schulpflichtige Kinder!) die neun Köpfe mit der Unterstützung des Mannes in der Höhe von S 23.— wöchentlich leben!

Ja es gäbe für so manchen Arbeitslosen Aus-hilfsarbeit, aber da hat es auch wieder seinen Haken. Als die SP die „Macht“ noch in der Hand hatte, haben die Herren Genossen von der SP vergessen das — Doppelverdienen mittels Gesetzes abzuschaffen. Begreiflich: denn wenn man sich selbst schneiden soll, tut einem das doppelt weh. Aber so mancher im Betriebe stehender Arbeiter sollte aus Solidaritätsgründen mit uns Armen nicht dem Beispiel des Oberbonzen folgen, sondern genüssam sein mit dem einen, aber sicheren Verdienst (siehe z. B. Tabakfabrik!) denn er wird von dem Unternehmen dabei nur als Lohndrucker verwendet und von den Arbeitslosen und jedem anständigen Arbeiter verurteilt.

Solte dieser Hilferuf bei denjenigen Arbeitern, an die er gerichtet ist nicht gehört werden, so werden wir die Namen derer, die, obwohl sie einen sicheren Verdienst haben noch einem zweiten Verdienst nachgehen und uns Arbeitslosen dadurch Arbeit und Brot nehmen veröffentlichen.

(Die Arbeitslosen aus Hainburg.)

AUS DER PARTEI:

Preßfonds. Ungenannter XII 1.—, L. Wagner XXI 1.—, Bez.-Org. V —88 Schilling.

Trotzky-Hilfe. Sammelliste Nr. 15: 4.20. Nr. 32: 10.—. Nr. 34: 5.—. Nr. 35: 3.—. Nr. 37: 10.56, Nr. 39: 1.50 Schilling.

Eigentümer Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition) — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 — Verantwortlicher Redakteur: Franz Beran XVI., Hyrtlgasse 19/4 — Druck: Buch- und Kunstdruckerei „Donau“ (Stadler & Co.), Verantwortlicher Leiter Friedrich Stadler Wien, III., Custozzagasse 8.



ARBEITER-KULTUR-BUND „SPARTAKUS“

Zentraler Sitz:

Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47

Telephon Nr. B-30-6-58

Auskünfte und Aufnahmen jeden Mittwoch und Freitag von 7 bis 10 Uhr abends

Resolution:

(Einstimmig angenommen in der von 98 Mitgliedern besuchten Generalversammlung des A. K. B. „Spartakus“, am 27. Juni 1928.)

„Der A. K. B. „Spartakus“ steht auf dem Boden marxistischer Weltanschauung und hat das von Marx und Engels verfaßte Kommunistische Manifest zur Grundlage in seiner kulturpolitischen Entfaltung. Eine seiner grundlegendsten Aufgaben erblickt er darin, seine Mitglieder und darüber hinaus die gesamte Arbeiterklasse über die Gefahren revisionistischer Tendenzen, absichtlicher Entstellungen und Abweichungen vom marxistischen Grundgedanken zu klären und auf dem Boden des unversöhnlichen Klassenkampfes für die kommende Auseinandersetzung zwischen den Besitzlosen, dem Proletariat und den Herrschenden, der Bourgeoisie vorzubereiten, zu kämpfen für eine bessere Welt der sozialistischen Gesellschaftsordnung!

Dabei darf die Ueberparteilichkeit, soweit sie die Grundsätze unserer kulturpolitischen Richtung nicht verletzt, nicht angetastet werden, sondern vielmehr durch den Einheitsgedanken von unten eine immer breitere Basis gefunden werden, die die vom marxistischen Programm sich unter revisionistischer Führung immer mehr entfernenden Teile der Arbeiterklasse wieder unter die Fahne unserer großen Lehrer Marx und Lenin vereinigt.“

Mitteilungen der Vereinsleitung!

Leitungsmitglieder, Achtung! Juli, August, jeden Donnerstag Leitungssitzung. Erscheinen Pflicht!

Sektion Arbeiterbühne: Jeden Montag in Fanowitsch's Gasthaus, XVI., Koppstraße 47, Probe für die Hainburger-Aufführung. Beginn 7 Uhr.

Mandolinen-Sektion. Jeden Dienstag, 7 Uhr abends Uebungsabend in der Wohnung des Gen. Grünwald, XX., Engerthstraße 101, XVIII. Stiege, Tür 14.

Juliprogramm der Wandergruppe:

Sonntag, den 14. Juli: Badeausflug Alte Donau — Hahninsel. Zusammenkunft halb 9 Uhr früh, Endstation 24 er Kaisermühlen. — Führer Gen. Emminger.

2 Uhr: Vortrag Gen. Stiff: „Demokratie und Diktatur.“

Sonntag, den 21. Juli: Wanderung Neuwaldegg — Hameau. Treffpunkt: Endstation 43 er Neuwaldegg um halb 9 Uhr früh. Führer Gen. Grünwald.

2 Uhr: Vorlesung Gen. Ernst: „Hamburg auf den Barrikaden.“

Sonntag, den 28. Juli: Badeausflug in die Lobau. Zusammenkunft 8 Uhr früh, Endstation 24 er Kaisermühlen. Führer Gen. L. Beran.

2 Uhr: Vorlesung Gen. Ernst: „Reden und Aufsätze von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.“

Im Falle schlechten Wetters treffen sich alle Genossen und Genossinnen im Café Waidinger (Extrazimmer), XVI., Gablenzgasse, Ecke Gürtel (bei Stadtbahnstation Burggasse). 7 Uhr abends. Vortrag, Vorlesung, Diskussion, Schachspiel u. a. m.

Sonntag, den 18. August 1929 veranstalten wir eine Fahrt

mit dem Sonderzug der Preßburger Bahn nach Hainburg a. D.



Abfahrt: 1/8 Uhr früh von Groß-Schwedat (Station der Preßburger Bahn).

PROGRAMM: Bei Ankunft Platzmusik der MUSIK-KAPELLE K. LIEBKNECHT Führungen, Besichtigungen. Nachmittag 2 Uhr **GARTENFEST MIT TANZ**

Abends: **Erstaufführung v. „Es kommt der Tag“** der Sektion „Arbeiterbühne“ (50 Mitwirkende des A. K. B. „Spartakus“)

Preis der Fahrkarte inkl. Eintritt für Gartenfest und Theatervorführung . . . S 6.— Für Kinder unter 10 Jahren S 3.—

Karten und Auskünfte täglich im Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47, Gasthaus Papier, V., Kohlgasse 4, Gasthaus Kirdner, XII., Rosaliengasse 11, Genosse Grünwald Franz, XX., Engerthstraße 101, XVIII. Stiege, III. Gasthaus Maierhofer, XXI., Bahnsteggasse 2

Achtung: Um den Arbeitern die Mitfahrt zu erleichtern, werden Sparkarten ausgegeben.